

Stadtverwaltungen nahm der Ausschuss dadurch Stellung, daß er den Reichskanzler ersuchte, allen Maßnahmen vorzubeugen, die den Fleischereibetrieb in die Bahnen genossenschaftlicher Konzentrationen oder in die Verlagsgewerbe hinüberleiten könnten. Ferner wurden Eingaben gegen die Beamten- und Konsumvereine, sowie gegen die schädigenden Wirkungen des § 16 der Reichsgewerbeordnung abgeschickt. Die Heimarbeit ausstellung in Berlin habe gefehliche Vorschläge zur Folge gehabt, die auch das Handwerk wesentlich berührten. Zur weiteren Förderung des Handwerks wurden den Stammern Leitfäden für die Einrichtungen von Meisterkursen an die Hand gegeben. In der Eröffnungsversammlung wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß die Berechtigung zur Führung der Titel „Baumeister“ und „Baugewerksmeister“ in sämtlichen deutschen Bundesstaaten an den Nachweis der Befähigung zur selbständigen Ausführung der Arbeiten des Maurer-, Zimmerer- und Steinmetzhandwerks, sowie der zum selbständigen Betriebe dieser Gewerbe sonst notwendigen Kenntnisse, insbesondere auch in der Buch- und Rechnungsführung, geknüpft wird. Als Vortort wurde Straßburg gewählt. Nachdem dann noch beschlossen worden war, am Dienstag am Denkmal des größten deutschen Handwerkers Hans Sachs einen Kranz niederzulegen, wurde die Eröffnungsversammlung geschlossen.

Ueber den früheren Kolonialgeheimrat Helfferich urteilt nun die freiservative „Post“ folgendermaßen: „Doch es trotz aller Mühe dem Erbprinzen nicht gelang, das Kolonialamt völlig zu sanieren, lag weit weniger an ihm selbst, als an den anderen Umständen und Personen. So sehr man auch die Lauterkeit des Charakters und die Pflichttreue des früheren Kolonialdirektors Stübel anerkennt, muß, so bleibt ihm der Vorwurf doch nicht erspart, daß er — namentlich in den letzten zwei Jahren seiner Tätigkeit — vollkommen unter dem Einfluß eines jugendlichen Kolonialdilettanten stand, dem durch Stübels Protektion die Stellung eines vortragenden Rates im Kolonialamt eingeräumt war. Der Mangel an Erfahrung und das unerträgliche, herrschsüchtige Wesen jenes Mannes, der inzwischen aus dem Kolonialamt ausgeschieden ist, und sich zurzeit im Dienste einer auswärtigen Eisenbahngesellschaft befindet, ist vor allem daran schuld, daß der bekannte Konflikt mit dem Zentrum eine solche Schärfe angenommen hat. Dem Einflusse dieses Herrn sind jedenfalls die schwerwiegendsten Mifartiffe der Vera Stübel zuzuschreiben. Leider hatte der Erbprinz Hohenlohe das Unglück, daß er von Anfang an ebenfalls unter dem Einfluß jenes Metalleides der Kolonialabteilung geriet, und daß er sich bis in die letzte Zeit im Kolonialamt ausschlagnahm. Jetzt steht jedenfalls, daß der Erbprinz Hohenlohe von dieser Seite in eine überaus schwierige Situation gebracht worden ist, der selbst ein Stärkerer nicht gewachsen gewesen wäre. Den Erbprinzen selbst trifft keinerlei Vorwurf, es muß vielmehr rühmend anerkannt werden, daß er mit großem Fleiß und dem besten Willen bestrbt war, treulich seines Amtes zu walten und nach allen Richtungen hin Gerechtigkeit zu üben. Er ist also nicht schuld an der traurigen Situation, in welche das Kolonialamt durch solche und unsfähige Ratgeber gebracht worden ist.“ Vieles davon ist sehr wahr; der jugendliche „Kolonialdilettant“ war der Geheimrat Helfferich, der große Desorganisor der Kolonialverwaltung, der in alles hineinredete, alles besser verstand und einen ungeheuren Streich nach dem anderen machte. Es ist interessant, daß jetzt auch telegraphische Nachrichten zu urteilen.

Die Generalversammlung des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes tagte zu Aachen unter eigenartigen Umständen. Am Vorabend des ersten Verhandlungstages wurde das Eisenbüttenwerk „Rote Erde“ in Aachen, das 4000 Metallarbeiter beschäftigt, infolge eines Streikes stillgelegt. Der christlich-sozialen Metallarbeiterverband ist an diesem Streik mit circa 600 Mitgliedern beteiligt. Daß ein so gewaltiger Kohnkampf auf die Generalversammlung einen großen Eindruck ausübte, ihr das allgemeine Interesse der Bewohner von Aachen zuwenden mußte, ist klar. Nach dem Geschäftsbericht ist der Metallarbeiterverband an dem großen Aufschwung der christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren sehr stark beteiligt. Die Mitgliederzahl stieg von circa 10 000 am 1. September 1904 auf 23 541 am 1. Juli 1906 und beträgt zur Zeit bereits über 25 000. Die Zahl der Ortsgruppen ist in der gleichen Zeit von 205 auf 325 gestiegen. Gegründet wurden in diesem Zeitraum 205 Ortsgruppen, es gingen davon aber 85 wieder ein. 27 616 Mitglieder wurden neu aufgenommen, aber 14 075 traten wieder aus. Der Bericht führt diese im gewerkschaftlichen Leben überall anzutreffende Erscheinung auf die Zammeldigkeit eines Teiles der lokalen Führer, dann aber auch auf den Mangel im Ausbau der lokalen Institutionen zurück. Die Zeitung hat jedoch in der letzten Zeit auch in dieser Richtung erhebliche Fortschritte zu konstatieren vermocht. Die Fortschritte im inneren Ausbau des Verbandes illustriert die Tatsache, daß die meisten Agitationsbezirke in der Vorperiode eigene Verbandsbeamte erhalten haben, insgesamt 18. Mit einem vom Vorstande entworfenen provisorischen Statut, das der Generalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt wurde, wurde die bisherige Arbeitslosenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung auch bei Krankheit ausgebaut und die Bezugsberechtigung von 7 auf 20 Wochen ausgedehnt. Die Wanderunterstützung auf 70 Mark, die Umzugsvergütung auf 40 Mark, die Sterbeentschädigung auf 100 Mark festgesetzt. Das Stattenweien des Verbandes nahm eine sehr schnelle Entwicklung. Die Beiträge stiegen von 26 157 Mark im zweiten Quartal 1904 auf 86 726 Mark im ersten Quartal 1906, die Gesamtsummen in der gleichen Zeit von 28 385 Mark auf 94 338 Mark. Das Vermögen betrug am 1. Juli 1906 178 104,35 Mark, so daß auf den Kopf des Mitgliedes circa 8 Mark entfallen. Heute ist das Vermögen auf circa 200 000 Mark angewachsen. Aus den Umsätzen sind an erster Stelle hervorzuheben: 161 272 Mark für Streiks- und Mahngelagen, 31 442 Mark für Agitation und Bezirksleitung, 23 537 Mark für das Verbandsorgan, 11 663 Mark für Arbeitslosen- und 26 12 Mark für Wanderunterstützung. In der konstituierenden Versammlung warfen der Verbandsvorsitzende Fr. Weber-Duisburg einen Rückblick auf die Entwicklung des Verbandes,

der die kühnsten Hoffnungen der letzten Generalversammlung in Offenbach weit übertroffen habe. Bei der Wahl des Bureaus wurden Wieber und Klotz-Essen zu Vorsitzenden gewählt. Reichstagsabgeordneter Giesberts verwies darauf auf die steigende Beachtung, die die christliche Arbeiterbewegung finde und schilderte dann die Bestrebungen der Sozialdemokraten, besonders beim Bergarbeiterverband, durch ständiges Hervorheben ihrer Friedensliebe und ihrer Bereitwilligkeit zur Verschmelzung der beiden Verbände den christlichen Verband als den Friedensstörer hinzustellen, um ihm Mitglieder abzujagen.

Kinderbefähigung im Gottesdienste. Der Generalinspektor für den Bezirk Oepeln schreibt im neuesten Jahresbericht folgendes: „Das zeigt sich endlich auch beim Fernziehen von Schulkindern zu kirchlichen Diensten. Zweifellos fallen diese kirchlichen Dienstleistungen nicht unter das Kinderbeschutzgesetz vom 30. März 1903. Und doch kann nicht verkant werden, daß auch bei ihnen die Kinder nicht selten gefährdet werden. Es ist klar, daß, wenn die Ausnutzung der billigen kindlichen Arbeitskräfte auf Seiten der Kirche wahrgenommen wird, leicht das eben im Volksbewußtsein aufkeimende Gefühl für die Notwendigkeit und die Ziele des Kinderbeschutzgesetzes wieder zerstört werden kann. Warum soll der arme kleine Gewerbetreibende sein Kind nicht einige Stunden täglich zur Arbeit, zur Beihilfe für den karglichen Unterhalt heranziehen dürfen, warum soll das Kind der Witwe nicht früh Pflanzarbeiten ausstragen, da doch das Nachbarkind von früh an und während des größten Teiles des Sonntages ungestraft Kirchendienste leisten darf? Das Ergebnis der Verichte der Lehrer über den Ministranten dienst läßt sich etwa wie folgt zusammenfassen: das frühe Aufstehen am Wochentagen verführt den Kindern die ihnen nötige Nachtruhe. Der überlange Sonntagsdienst nimmt ihnen mitunter fast die ganze Ruhe und Erholung des Sonntages. Das Zusammenfallen von Kirchendienst und Schule entzieht die Kinder oft lange Zeit der Schule und beeinträchtigt den Lernerfolg. Die häufig recht erheblichen Geldeinnahmen, von denen die Eltern nicht immer genaue Kenntnis erhalten — es gibt Ministranten, die bis zu 126 Mark jährlich verdienen — verleiten die Knaben zum Rauchen, zur Unwahrhaftigkeit und zu schlimmen Untugenden. Die Schüler und wohl auch die Eltern sehen die Ministrantentätigkeit als eine Einnahmequelle an und zahlen ohne weiteres Schulstrafen, weil diese, wie ein Ministrant äußerte, niedriger seien als der Verdienst. Die Schäden zeigen sich besonders in Städten und großen Landgemeinden des Industriebezirks.“ Es wird interessant sein, wenn sich nun auch die Geistlichen des Bezirkes Oepeln hierzu äußern. Wir können diesem Urteile nicht bestimmen; daß das Weibdienste eine solche Anstrengung ist, kann kein Katholik finden, mit Kinderbeschutz kann man hier nicht kommen, weil keine Ausnutzung stattfindet.

Ungarn.

— Aus Anlaß des Kongresses der Deutschen Eisenbahnverwaltungen in Wien fand am 6. d. M. abends ein Empfang im Rathaus statt. Bei der Festtafel brachte Bürgermeister Lueger ein Hoch auf Kaiser Franz Joseph, Kaiser Wilhelm und die übrigen Staatsoberhäupter aus. Der Präsident des Kongresses, Behrens, trank mit Worten des Dankes für die Einladung auf die Stadt Wien und den Bürgermeister Lueger.

Schweiz.

— Die japanische Regierung teilte dem Bundesrate mit, Japan lehne die Beteiligung an dem internationalen Hebererkommen betreffend das Verbot der industriellen Nacharbeit der Frauen ab.

Frankreich.

— Dem Vernehmen nach war die Vormittagsitzung am 6. d. M. der Vollversammlung der französischen Bischöfe der Frage gewidmet, wie die materiellen Hilfsquellen zu organisieren sind, die an die Stelle des Staatshilfsbudgets treten sollen. Die Verammlung soll es als unmöglich erkannt haben, gleiche Grundätze für die Städte und die ländlichen Erbkosten anzustellen, und jedem Prälaten Freiheit gelassen haben, je nach den Umständen zu handeln.

— Eine anonyme Petition „hervorragender französischer Katholiken“ an den Papst wird schon vom „Temps“ veröffentlicht. In dieser Petition wird dem „Stimmen und dem Schmerz“ des französischen Volkes Ausdruck verliehen, welche die päpstliche Enzyklika wachrufen haben soll. Die Vorteile des Trennungsgesetzes werden herausgestrichen; es wird auch, wie schon früher im „Temps“ der Bericht gemacht, die Bischöfe gegen den Papst auszusprechen. Der gewese. Ton, in dem diese Petition gehalten ist und das Fehlen von Unterschriften lassen darauf schließen, daß es sich hier um ein unehrliches Manöver der Propaganda handelt, dem auch die Regierung nicht fern stehen dürfte. Man will am Vorabend der zweiten Bischofskonferenz nur Stimmung gegen die Enzyklika machen. Tatsächlich ist mit derartigen anonymen Schriftstücken auf seinen ersten Menschen Eindruck zu machen.

Spanien.

— Nachdem die Regierung dem Vatikan eine Liste der für die Gesandtschaft am Heiligen Stuhl in Betracht kommenden Diplomaten vorgelegt hat, ohne daß hierauf eine Antwort erfolgt wäre, ist in dieser Frage tatsächlich ein Aufschub eingetreten. Man spricht von einer Zurückberufung des gegenwärtigen Nuntius Rinaldi. Es ist auch die Rede davon, das Konordat zu kündigen, ohne die Ausarbeitung des Vereinigungsvertrages abzuwarten.

Walkan.

— Infolge eines Protestes von serbischer Seite hat die Pforte versprochen, dem Wali von Van Befehl geben zu wollen, den kürzlich befehnten Distrikt Marjewa wieder zu räumen.

Rußland.

— Der Ministerrat kündigte eine Reihe von weitgehenden Reformen an. Ein gestern veröffentlichtes Communiqué der russischen Regierung zählt die seit Frühjahr vorgekommenen Verbrechen, Aufstände und Meutereien auf und kommt dann auf die Aufgaben der Regierung zu sprechen. Es gibt nur eine Antwort: Das Endziel und die Pläne der Regierung dürfen unter dem Drucke solcher verbrecherischer Anschläge nicht geändert werden. Man kann den oder jenen aus dem Wege räumen, aber unmöglich ist

es, die Idee zu töten, von der die Regierung erfüllt ist, unmöglich ihren Willen zu beugen, der sich zur Aufgabe gesetzt, den normalen Gang des Lebens und die Freiheit der Arbeit wieder herzustellen. Die Verbrechen müssen ohne jedes Zögern unterdrückt werden. Wenn aber der Staat sie nicht rasch unterdrücken sollte, wird jeder Sinn für die Existenz des Staates verloren gehen. Darum wird die Regierung der Gewalt ihre Kraft entgegenstellen. Wenn es der Propaganda gelingen sollte, Agrarunruhen unter den unwillenden Elementen hervorzurufen, werden diese Unruhen durch die bewaffnete Macht unterdrückt werden. Die Verantwortlichkeit für die Opfer wird auf die Agitatoren zurückfallen. Die Revolution kämpft nicht für Reformen, deren Einführung von der Regierung selbst für notwendig erachtet wird, sondern für die Zerstörung des Staates und der Monarchie, für die Einführung des sozialistischen Regimes. Dann geht die Regierung auf eine auf Gehege gegründete Verordnung ein. Die Gesetzeswürfe, die der Duma unterbreitet werden, sind überaus zahlreich. Abgesehen von der Vorbereitung der Grundgesetze über das Versammlungs- und Verrecht befahst sich die Regierung augenblicklich mit einer Reihe anderer hochwichtiger Fragen, wie Religionsfreiheit, Unverletzlichkeit der Person, bürgerliche Gleichheit im Sinne der Aufhebung der für gewisse Schichten der Nation geltenden Bestimmungen, Verbesserung der bäuerlichen Grundeigentumsverhältnisse, des Loses der Arbeiter, weiters Einführung der lokalen Selbstverwaltung mit dem Zwecke, die bestehenden lokalen Verwaltungsbehörden und die Organe der Selbstverwaltung miteinander in direkte Verbindung zu bringen, ferner Einführung der Semstwo in den baltischen sowie in den nordwestlichen und südlichen Provinzen, Einführung von Semstvos und autonomen Gemeindeverwaltungen in Polen, Abänderung des lokalen Gerichtsverfahrens, Reform des Hochschul- und Mittelschulwesens, Einführung einer Einkommensteuer, Reform der Polizei im Sinne der Vereinigung der Stadtpolizei mit der Gendarmerie. Die Ausnahmestimmungen zum Schutze der Ordnung und öffentlichen Ruhe werden auch in einem einzigen Gesetze vereinigt werden. Endlich werden die vorbereitenden Arbeiten für die Einführung eines Nationalkongress im Sinne des kaiserlichen Was fortgesetzt. Die Regierung sieht ihre Pflicht nicht darin, die in der Presse oder in öffentlichen Versammlungen sich frei äußern öffentliche Meinung zu unterdrücken. Aber wenn diese Mittel der Ausrückung des Volkswillens dazu verwendet werden sollten, um revolutionäre Ideen in Schwang zu bringen, wird sie nicht zögern und von ihren Organen die Anwendung aller gesetzlichen Maßnahmen verlangen, um zu verhindern, daß aus den Mitteln des Fortschrittes Mittel der Zerkleinerung und der Gewalt werden.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 7. September 1906.
Tageskalender für den 8. September. 1906. Frühbares Ernteden in Südbaltien. — 1906. † Karl von der Goltz in Rom. — 1904. † Fürstgroßherzog Graf Guido v. Saxe-Hohenstein an Oberösterreich. — 1869. * Prinzessin Olga von Sachsen-Weimar. — 1855. Erklärung des Malatow, des Schiffschiff von Sewastopol, durch die Franzosen. — 1831. Uebergabe von Warschau an die Russen. — 1778. * Clemens Brentano zu Frankfurt a. M., deutscher Dichter. — 1767. * August Wilhelm v. Schlegel zu Hannover, der beste Uebersetzer der Werke Shakespeares.
9. September. 1870. Flucht der Kaiserin Eugenie aus Frankreich. — 1870. Einnahme der Festung Laon. — 1826. * Friedrich I., Großherzog von Baden zu Karlsruhe. — 1819. Allianzvertrag zu Teplitz zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen gegen Napoleon. — 1737. * Luigi Galvani zu Bologna, der Entdecker des Galvanismus. — 9. Sieg der Deutschen unter Armin über die Römer.
10. September. 1904. Gefecht mit den Pereros bei Owinana-Raus. — 1896. † Luigi Galvani zu Teplitz, italienischer Mathematiker und Physiker, Erfinder des Voltameters. — 1804. * Karl Rudolf Bromme zu Anger bei Leipzig, der erste deutsche Admiral.

— Wetterprognose des Königl. Sächsl. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 8. September: Wind und Bewölkung: starke westliche Winde, teilweise heiter. Niederschlag und Temperatur: keine erheblichen Niederschläge, Temperatur nicht erheblich geändert.
— Se. Maj. der König ist gestern nachm. wohlbehalten in Sibyllenort eingetroffen. Heute früh begab sich Allerhöchstdieselbe mit dem Prinzen Johann Georg zur Truppenparade nach Breslau und kehrte mittags nach Sibyllenort zurück.

— Se. Königl. Hoheit der Prinz Johann Georg wird sich heute abend von Breslau aus ins Wandergelände bei Pirchsdorf begeben.

— Das Stadtverordnetenkollegium wählte am 6. d. Mts. an Stelle des infolge von Krankheit in den Ruhestand tretenden Bürgermeisters Petzel Herr Stadtrat Dr. jur. Hermann Kreschmar zum dritten Bürgermeister von Dresden. Ferner bewilligte das Kollegium aus den Sparfassenüberschüssen des Jahres 1906 die Summe von 220 000 Mk. als Beihilfe zu den Rathausbaukosten.

— Volkskunde — Volkskunst. Die Tagung findet Sonntag den 9. September mit einer Fahrt auf einem Sonderdampfer nach der Vastel ihren Abschluß. Abends 6 Uhr findet unten im reizenden Wesen ein großes Marktfest statt. Die Schützengilde in den Uniformen von 1827 bis zur Reuezeit, wird die Versammlung begrüßen und an den Schützengug wird sich derjenige der Schiffer anschließen, so daß die Festteilnehmer und alle die, welche zu diesem Schauspiel nach Wesen gekommen sind, ein lebensvolles Bild alter Sitten und Gebräuche unseres Altbaus erhalten werden.

— Der Kongress für protestantische Kirchenbau trat am 6. d. M. unter dem Vorsitz des Geheimen Hofrats Dr. Gurlitt zusammen. 14 deutsche Kirchenregierungen haben hierzu hervorragende Kirchenbaumeister als Vertreter entsendet. Mitglieder des deutschen evangelischen Kirchenausschusses, des sächsischen Landeskonfistoriums, der Kirche und Vertreter Preußens, Bayerns und Sachsens wohnten der von Oberkonsistorialrat Superintendent D. Dibelius geleiteten Eröffnungsfeier in der Andreaskirche bei. D. Dibelius führte aus, daß der Kongress, der jetzt zum zweiten Male tagt, bezweckt, in der profanen Zeit das Interesse an der früheren herrlichen Kirchenbaukunst auf neue zu beleben und zu erwecken. Die Wahl des Vorstandes fiel auf Professor Dr. Gurlitt und Oberkon-

Historialrat
Professur
den Ver
haben wi
()
Industri
firmen u
aufgenom
Stellung
Korporati
von den
Reichstag
Gesetzgeb
Paragraf
Kranke
liegen w
in den g
Antrag
von ein
sehen.
Untersta
wegen d
legitim
genom
Minister
falls jed
Angeleg
Bezieh
öffentli
bei Arb
—
mälern
in den I
des 15
ausblü
natio
Dress
gebote
Schöpf
und zu
Bibliot
die me
rungen
schen R
Erdfest
—
Donne
„Carm
mittell
fort
da der
!
beginnt
wird
Einbr
der F
meiste
seiner
schiede
da er
Stadt
komm
bei d
Wicht
ist ni
schalt
schluß
wird.
bleibt
14
Oster
Anteil
der
Jole
Eph
Verd
Ausg
obere
abene
Kne
aus
auf
die
des
Eifer
blü
wäre
Nab
erfol
hies
sicht
schle
Bau
bela
Arb
Tde
Eph
grif
und
Der
rich
blä
hö
fön
ma
Au
bog
und
Pr
ein
stat